

# Die Constitution.

Verantwortlicher Redacteur:  
F. Häfner.

Tagblatt  
für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Mit-Redacteurs:  
M. Grikner, F. Haun.

Motto: Freiheit und Arbeit!

N<sup>o</sup> 141.

Wien, Dienstag den 12. September

1848.

Wien, am Tage, als Löhner im Reichstage erklärte: der Boden unter uns wankte.

Woh! euch, wir haben uns getäuscht? Sechs Wochen kaum vergangen,  
Und Alles feig durch euch verschert, was trozig wir errangen,  
O, wär der Gewinn, der rote Grimm im Lande uns geblieben!  
Und doch, er blieb! —

Zu viel des Hohns, zu viel der Schmach wird täglich uns geboten:  
Uns muß der Grimm geblieben sein! —

Er blieb uns! ja, und er erwacht! er wird und muß erwachen!  
Die halbe Revolution zur ganzen wird er machen!

Erwarten wir den Augenblick: dann springt er auf allmächtig;  
Gehob'nen Armes, wehnden Haars, da steht er wild und prächtig!

Freiligrath.

Seit Beginn des Reichstages hat die radikale Partei für eine ungestörte, ruhige Entwicklung unserer Errungenschaften gesprochen, für eine Heilung der dem Vaterlande allseitig geschlagenen Wunden, für eine Ermöglichung der Wiederkunft von Vertrauen und Verkehr. Ihre Sprache prallte ab an dem Panzer der Gewissenlosigkeit einer anderen Partei, welche aus einer unmenschlichen Völkerhege Privatvorteile zu gewinnen hofft. Die Partei des Volkes und der Freiheit wollte den Frieden, weil der allgemeine Nothstand seiner bedarf. Die Partei der Reaction, der Aristokratie und Camarilla will den Kampf, um verlor'ene Posten wieder zu erobern. Wollan! wir weisen ihn nicht zurück, um entweder zu siegen oder wie Ihr es wollet, Euch und uns unter den Trümmern des vielgeliebten Vaterlandes zu begraben, weil die Ehre und die Freiheit uns höher gilt als das Leben, als das Vaterland und als ein übelberathener Thron. Die Thatfachen, die Geschichte der verfloffenen Woche verurtheilen unsere Gegner so unerbittlich, daß wir alle Bemerkungen ersparen können.

Am 4. September wurde hinter dem Rücken des österr. Ministeriums und ohne eine Gegenzeichnung dem Ban von Croatien das a. h. Wohlgefallen an seinem Treiben kund gegeben. Um beiläufig dieselbe Zeit wurde unserem Reichstage die Souveränität abgesprochen und den 15. Mai unter dem Beifalle der Czechen zu Grabe getragen. Auch erhob sich ein schwarzer Terrorismus, welcher die schändeste Unverschämtheit aufbot, um in den Straßen Wien's Bürgerblut fließen zu machen. Zur selben Zeit wurde von preussischen Diplomaten die deutsche Ehre in Schleswig-Holstein an Dänemark und Rußland verrathen, und verweigerte das preussische Ministerium die Ausführung der Beschlüsse der Nationalversammlung, welche die reaktionären Offiziers bei ihrer Ehre aufforderte, die Armee zu verlassen. Zur selben Zeit wurde von unserem Ministerium dem Palatin eine Denkschrift zugeschickt, welche es heute noch nicht zu veröffentlichen wagt.

Und zur selben Zeit reiste Erzherzog Ludwig von Salzburg ab.

In einer den Abgeordneten am österr. Reichstage übergebenen Darstellung der kroatischen Angelegenheiten heißt es: „Als in den Märztagen mit dem alten System auch seine Repräsentanten fielen, da verschwand auch die alte Klust, welche die Partheien in Kroatien trennte, und hätte Dr. Gay im höheren Auftrage (so wie er sich äußerte) dieß aufrichtig brüderliche Vorhaben nicht gestört, wäre jede Klust und der künstlich erzeugte Haß gegen Ungarn verschwunden; aber Dr. Gay wollte um jeden Preis seine angebliche Aufgabe lösen, daher forderte er die Bewohner Kroatiens im Namen der Dynastie zu einer Contourrevolution auf.“

Ferner heißt es dort: „Bald wurde auch das politische Glaubensbekenntniß des Banus bekannt, nämlich: er kenne keine Gesetze, weder alte noch neue, bloß sein Wille sei für Croatien Gesetz, die gänzliche Trennung von Ungarn müsse erfolgen; seine Hauptaufgabe aber sei, den alten Stand der Dinge in Ungarn wie in Wien zurückzuführen.“

Ueber sein Treiben liest man dort: „Alles ist Gemeinut der Soldaten, die keine Disciplin mehr kennen und sich ihrer Auflösung nahen, da sie ungestraft rauben, morden und die Weiber schänden dürfen. Das Elend kennt keine Grenzen mehr; Civilisation, Cultur, Handel und Gewerbe liegen darnieder.“

In derselben Darstellung wird erzählt, daß Jellasch im Mai der Agramer Congregation ausdrücklich erklärte, daß alle seine Schritte durch den allerhöchsten Hof gebilligt würden.

Am Schlusse der Darstellung heißt es: „mit demselben Recht als Jellasch den Ungarn den Krieg erklärt, könnten es auch die übrigen Souveräne und commandirenden Generale anderer Länder thun und im Interesse der Reaction mit Vor Spiegelung der größten Treue gegen den Monarchen Wien angreifen.“

So stand es, als Erzherzog Ludwig von Salzburg abzog. So steht es heute nicht mehr und bei seiner Ankunft in Schönbrunn mag die Nachricht unerwarteter Ereignisse ihn ein Bedeutendes verstimmt haben.

Während seiner Reise von Salzburg nach Wien sind die hochherzigen Magyaren mit barscher Ehrlichkeit vor ihren König getreten, Auskunft verlangend über Jellasch, das vollblütige Schooßkind der Camarilla. Unser Ministerium, welches in der Reitschule das Volk getäuscht hat und in Schönbrunn selbst getäuscht wird, konnte nicht verhindern, daß die Camarilla ihren Adonis und Abgott nicht fallen ließ, hingegen zwischen Thron und Magyaren Steifrüde aufpflanzte, um zu bewirken, daß die Ungarn im schmerzlichen Ingrimme treuer, aber freier Männer entlassen wurden. Während seiner Reise sprach Dahlmann in Frankfurt ein großes



Wort von der Ehre Deutschlands und es fiel ein Reichsministerium. Während seiner Ehre erinnerte sich das preussische Volk in Berlin seiner Revolutionstage und es fiel ein Verräther von der Ministerbank. Während seiner Zeit erinnerten sich Romänen und Türken der österreichisch-russischen Politik und zitterten nicht vor einer Kriegserklärung Russlands, die bereits erfolgt ist. Erzherzog Ludwig hat schon einmal den Ruf „zu spät“ vernommen, heute muß er den Ruf „zu früh“ vernehmen.

Denn noch haben wir trotz der uns von ihm angeschuldigten Unmündigkeit Verstand genug, um zu wissen, daß der durch Metternich-Sednigly-Ludwig veranlaßte italienische Krieg unseren Handel und unsere Industrie ruiniert hat, und der von der Camarilla angezettelte k. k. österreichisch-ungarisch-croatische Krieg in Folge seiner barbarischen Verwüstungen eine allgemeine Hungerstoth mit völliger Ertödtung allen Erwerbes herbeiführen muß.

Wir müssen für die Freiheit mit Gut und Leben einstehen, auch wenn wir sie nicht über Alles liebten, sondern nur überhaupt nicht in Krieg, Seuche und Hunger verenden wollen. Häfner.

### Reichstags-Sitzung vom 11. September.

Noch ehe die Sitzung eröffnet wird, macht der Abgeordnete Stadion dem Abgeordneten Leopold Reumann (derselbe, welcher einmal irrtümlich sogar Lewi genannt wurde) einen Besuch. Sie unterhalten sich auf das Freundschaftlichste, und aus ihren freudestrahlenden Gesichtern spricht die Ueberzeugung: Unsere Actien stehen gut.

Zur Untersuchungs-Commission in der Anklage gegen Stadion wählte dieser die Abgeordneten Plicker, Sawliczek, Dollak und Demel, dagegen der Abgeordnete Subicki die Herren Borrosch, Schufella, Krause und Borkowski.

Der Bürgermeister von Judenburg, welcher bis jetzt noch nicht ein einziges Wort gesprochen, sondern stets in behaglicher Ruhe auf seinem Polsterstige hinvegetirt, erhält einen Urlaub zur Erholung! Friede seiner Asche!

Abgeordneter Löchner vertheilte vor der Sitzung eine Druckschrift, welche die Lage der Dinge in Croatien nicht vom wüthend slavischen Standpunkte darstellt, dabei in ernster und gemessener Sprache die dortigen Zustände beleuchtet.

Abgeordneter Sawliczek, nimmt daraus Anlaß, den Präsidenten zu fragen, wer dieses Pamphlet in der Kammer vertheilt habe? Sawliczek soll der erste czechische Journalist sein?

Abgeordneter Borrosch fragt das Ministerium: Ob seine letzte Interpellation begründet gewesen? Ob er mit der gegebenen Antwort zufrieden gestellt sein könne? Er stelle diese Fragen deswegen, weil es im Geseze wegen Aufhebung des Unterthansverhältnisses heiße: Wir Ferdinand u. c. haben über Antrag unseres Ministerrathes in Uebereinstimmung mit dem constituirenden Reichstage beschlossen und verordnet u. c. statt: Wir u. c. sanctioniren folgenden uns vom Ministerrathe vorgelegten Reichstagsbeschluss u. c.

Strobach der unpartheiische Präsident hat Angst um sein liebes Ministerium, und will über eine bereits geschene Interpellation keine Verhandlung zulassen.

Da erklärt Abgeordneter Borrosch, er erkenne diese Fragen für

eine neue Interpellation und gebe abermals zweimal vier und zwanzig Stunden Frist zur Beantwortung.

Abgeordneter Goldmark stellt an das Ministerium folgende Fragen: Welche leitenden Grundsätze befolgt das Ministerium in den italienischen Angelegenheiten überhaupt? Auf welcher Grundlage soll Italiens Pacification ins Werk gesetzt werden? Welche Ursachen bewogen England und Frankreich zur Mediation? Ob diese vom Ministerium ganz oder theilweise abgelehnt worden? Welches sind die Resultate des Waffenstillstandes mit Sardinien? Welchen Männern ist die Leitung anvertraut, und welches sind ihre Instructionen? In welchem Stadium stehen die Unterhandlungen? Soll das von Metternich geschlossene Schug- und Trugbündniß mit Modena aufrecht erhalten bleiben? Will endlich das Ministerium alle auf den italienischen Krieg bezüglichen Actenstücke auf den Tisch des Hauses niederlegen.

Minister Wessenberg verspricht morgen Antwort zu geben.

Abgeordneter Goldmark weist darauf hin, daß dort jedenfalls Reaction bestehe, wo der Kaiser ohne Mitwissenschaft verantwortlicher Minister auf den Rath unverantwortlicher Rathgeber Manifeste erlasse. (Siehe Manifest an Jellachich.) Er nehme daraus Veranlassung zu fragen, ob das Ministerium dem im Mai gegebenen Versprechen nachgekommen, über die Camarilla-Freunde Untersuchung, eventuell Bestrafung einzuleiten.

Minister Dobhoff will die Acten vorlegen, und da Goldmark heute schon das Resultat zu wissen wünscht, erwidert der Volksmann Dobhoff ganz naiv, es sei ein solches gar nicht heraus gekommen. Das ist die Art, wie Minister ihre Versprechungen halten.

Abgeordneter Zonal stellt an das Ministerium die Fragen: 1) Ob ein Ultimatum der französischen Regierung an die hiesige gelangt, und welcher sein Inhalt sei? 2) Ob die Mediation eine friedliche oder eine bewaffnete sei? Ob sie sich auf Carl Albert oder die Zukunft der Lombardei beziehe? 3) Welche Politik das Ministerium zu verfolgen gedenke? 4) Was ist oder was wird geschehen, damit bis zur definitiven Entscheidung Italien alle Segnungen der Freiheit, gleich mit dem übrigen Oesterreich genieße? 5) Ist das Ministerium gesonnen, auch für seine Handlungsweise in Italien die Verantwortlichkeit zu übernehmen?

Minister Wessenberg verspricht morgen zu antworten.

Minister Dobhoff erklärt zu 1) daß ihm von einem solchen Ultimatum nichts bekannt sei, daß aber die Mediation zur Herstellung des Friedens mit dem König von Sardinien angetragen worden. — Zu 3) und 4) könne, was die innere Politik betreffe, von Freiheit in diesem Augenblicke keine Rede sein. Sobald übrigens der Friede hergestellt sei, würden die Volksvertreter dem Lande eine Verfassung geben.

Wir haben zweierlei aus dieser Antwort entnommen: 1) Daß von den Rechten der italienischen Nation durchaus keine Rede mehr sei, sondern nur das Cabinet von Wien mit jenem von Turin über eine dynastische Streitigkeit sich ausgleiche. 2) Daß der Minister, welcher zu 2) und 3) keine Auskunft geben will, doch zu 4) bereits über die zukünftige Verfassung Italiens abspricht.

Werden diejenigen, welche unsere Ansichten über die italienischen Angelegenheiten so oft und bitter verhöhnt haben, statt sie zu widerlegen, nun noch nicht einsehen, daß all das Mißgeschick, so uns dieses Krieges wegen getroffen, nur um dynastischer Interessen Willen den Credit unseres Staates, seine finanziellen Kräfte und mit ihnen Verkehr und Erwerb wegen untergrub: daß Tausende unserer Vaterlandsbrüder, Tausende unserer italienischen Menschenbrüder nur um dynastischer



Interessen willen geschlachtet wurden? Die Freiheit bleibt ein Hirngespinnst, so lange die Interessen der Völker vor jenen der Dynastien verschwinden.

Der Abgeordnete Polaczek stellt nach einer Schilderung der cannibalischen Gräuelt, welche im Kampfe der Kroaten und Serben gegen Ungarn jeden Tag begehen, welche zu Weißkirchen gegen deutsche Einwohner namentlich verübt wurden, folgende Fragen: 1) Was das Ministerium zur Beendigung des Bürgerkrieges zu thun gesonnen sei? 2) Ob Ungarn österreichische Vermittelung in Anspruch genommen? 3) Welche Antwort darauf den Ungarn geworden? 4) Was wegen den völkerrechtswidrigen Einfälle der türkischen Serben und wegen der Btheiligung des österreichischen Consuls in Belgrad Oberst Meyerhofer an dem Raubzuge gegen Weißkirchen veranlaßt werde. 5) Ob das Ministerium nicht darüber eine Staatschrift vorlegen werde. Wir haben mit Entrüstung bemerken müssen, daß bei der Schilderung der durch die Serben verübten Gräuelt zwei Mitglieder des Hauses lächelten. Es war der Justizminister Bach und der czechische Abgeordnete Sawliczek.

Minister Doblhoff erklärt nach längerem Hin- und Herreden, daß zu Ende des Monats Verhandlungen begonnen hätten, auch dem Palatin von Ungarn eine Staatschrift zugestellt worden sei. Diese mußten natürlich fortgesetzt werden. Sobald die Acten ein Ganzes bilden, werde man sie vorlegen. Wegen des Einfalles der türkischen Serben habe das österreichische Ministerium keinen Schritt gethan, darum solle sich das ungarische kümmern, das sich ohnehin auswärts vertreten lassen wolle. Was endlich den Oberst Meyerhofer anlange, werde man die Sache untersuchen.

Noch ist Zellassich ein Hochverräter, denn kein Document hat dieß widerrufen. Das Manifest in der Ugramer Zeitung ist von keinem verantwortlichen Minister gegengezeichnet, also wenn auch wirklich mit des Kaisers Unterschrift versehen, kein Act der Staatsgewalt, sondern einfach ein Phantastestück in Samaritanianer. Dasselbe Ministerium, welches 500 Menschen, die wegen Verdacht der Neigung zu gesetzwidrigen Handlungen 18 Jahre eingekerkert waren, noch unter Escorte, also als Gefangene in ihre Heimat nur nothgedrungen sendet, es weiß nicht, was es mit dem befreundeten und engverbundenen Ungarn einem Hochverräter gegenüber vorzulehren habe. Noch stehen endlich Leute in diplomatischer Verwendung, welche dem Staate ungeheure Summen kostet, die türkische Serben auf vaterländisches Gebiet zur Plünderung führen, die sich nicht entblöden, zugleich Consul und Chef einer Räuberhorda zu sein.

Abgeordneter Polaczek entgegnet, daß es allerdings Pflicht des Ministeriums sei, wenn es das Wohl des Gesamtstaates gelte, bei völkerrechtswidrigen Einfällen auch auf ungarisches Gebiet einzuschreiten.

Minister Doblhoff verspricht darauf morgen zu antworten. Wir aber können nicht begreifen, wie bei diesem freundschaftlichen und aufopfernden Benehmen unseres unvergleichlichen Ministeriums Ungarn nur einen Augenblick zaudern kann, wenigstens die Hälfte der Staatsschuld zu übernehmen.

Abgeordneter Dolial als Berichterstatter der Petitionscommission berichtet über eine von den Dalmatiner Abgeordneten eingebrachte Petition und stellt den Antrag: Es mögen die einlaufenden Anträge, Amendements und Kammerverhandlungen in italienische Sprache übersetzt werden. Dazu stellt dann der Czeche Sawliczek sofort den Antrag, die Abstimmungsfrage auch in polnischer und ruthenischer Sprache zu stellen.

Abgeordneter Borrosch erklärt dagegen, daß in Oesterreich als Staatsprache nur die deutsche gelten könne. Wolle man diesen Uebersetzungen stets Folge geben, so stoße man dabei auf höchst bedeutende Schwierigkeiten. Denn was dem kleinsten Theile der Abgeordneten zugestanden werde, müsse man auch allen andern gestatten. Daher können sehr leicht zehn verschiedene Uebersetzungen nothwendig werden. In Betreff der Druckkosten sei auch der Kostenpunkt von beiläufig 25,000 fl. per Jahr zu berücksichtigen. Daher er, wenn er auch mit dem Princip einverstanden sei, doch der Unausführbarkeit wegen, gegen den Antrag stimmen müsse.

Abgeordneter Sawliczek erklärt dagegen, er schätze seine Sprache so hoch, daß ihm alle andern nichts gelten. Wenn die Deputirten auch nichts verstünden, so verstünden sie doch von den Verhandlungen das Meiste (???) Wenn noch eine Constitution geschaffen werde, so müsse in dieser der czechischen Sprache auf künftigen Reichstagen ihr Recht gewahrt werden. Der Reichstag sei demokratisch, er selbst sei Demokrat, daher müsse geschehen, wie er wolle.

Abgesehen von dem theilweise kolossalen Unsinn des czechischen Abgeordneten widersprechen wir entschieden seiner Behauptung, daß er ein Demokrat sei. Wer wie ein unbesonnener und böshafter Junge mit den heiligsten Dingen Spott treibt, indem er ein urewiges Menschenrecht als nationales Monopol erklärt, kann nicht Anspruch machen auf den Namen eines Mannes. Demokraten aber sind Männer, Männer, welche die ganze große Menschheit mit gleicher Liebe umfassen, ohne sie in die bunten Schubfächer der Staatengrenze, in die engen Räume eines Nationalstaates einzusperrchen. Denn nicht, daß man Czeche, Pole, Deutscher, sondern daß man ein Mensch ist, gibt einen Anspruch auf die heilige Freiheit. Wäre Sawliczek ein Demokrat, er müßte diese Basis aller Demokratie kennen. Würde er aber mit dieser Kenntniß bewußt handeln, so hätte es nie einen schändlicheren Verräther an der Freiheit, am Vaterlande gegeben, als ihn. Der Abgeordnete Sawliczek vertritt im Reichstage dieselben Principien, durch welche Metternich allein im Stande war, seine Zwingherrschaft bis vor wenig Monden zu fristen.

Trojan der Große meint, er sei nicht schlechter als ein Deutscher, weil er ein Slave sei und ergiebt eine Masse Anzüglichkeiten gegen Borrosch.

Den czechischen Abgeordneten sprechen wir hier unsere innige Ueberszeugung aus, daß der Name Borrosch gesegnet im Andenken kommender Geschlechter leben werde, während vielleicht vor dem Richterstuhle der Freiheit die ihrigen verdammt werden.

Abgeordneter Lubomierski, ein Pole, salbadert gleichfalls von der Liberalität des Reichstages und meint, es sei uns Pressfreiheit durch die Constitution verliehen. Deswegen könne im Reichstage jeder seine Sprache sprechen. Und diese Leute sind Volksvertreter!

Abgeordneter Borrosch erklärt, es stehe ihm die politische Frage jedenfalls höher, als die nationale. Auf den wahnsinnigen Lärm, den hierüber die tobenden Czechen erheben, entgegnet er ihnen ruhig und gelassen: Meine Herren! Sie wissen aus dem National-Comité zu Prag noch recht gut, daß man mich nicht einschüchtern kann. Wolle man, so fährt er fort, auf Vielzünftigkeit hinarbeiten, so sei der erste Reichstag wohl der letzte gewesen. Er weist auf die Franzosen hin, wo der Baské z. B. auch nicht seine Sprache spreche. Und die Volksfreiheit stehe doch unbedingt dort am höchsten, wo man sogar bis zur Republik gelangt sei. Durch die Volksfreiheit werde der Bestand des Gesamtstaates gesichert, welcher nothwendig aus



einanderfallen müsse durch Nationalitäts-Liebhaber.

Ob dieser Aeußerung erheben die Tschechen und mit ihnen die vielgerühmten edlen und freiheitglühenden Polen einen Lärm, der an brutaler Rohheit ein ähnliches Beispiel suchen muß. Es waren nicht mehr Volksvertreter, sondern Wahnsinnige, keine Männer, sondern nur entfessete Slaven. Sie tobten über Verletzung der Nationalitäten und Beleidigung altherwürdiger Rechte! Wir überlassen es unsern Lesern, die Beleidigung heraus zu suchen, die wir nicht haben finden können. Wohl aber war es nach unserer Uebersetzung die langverhaltene blinde Wuth, welche den Vorwand vom Zaune brach, um in gemeinster Weise den Mann des Volkes, Borrosch, zu strafen, daß er mit diesen Fanatikern nicht in ein Horn blase. Strobach, selber wüthend, ruft Borrosch zur Ordnung.

Noch poltert Rieger und ist frech genug, den Satz hinzustellen: **Nur so lange die Slaven wollen, besteht der Staat Oesterreich.** Wir aber entgegnen der Blume der tschechischen Demokratie, die heute in plumper Marktschreierweise den Nationalitäts-Tyrannen zu spielen sich gestel, daß mit uns 40 Millionen Deutsche stehen, daß das deutsche Volk, welchem Europa seine Cultur, welchem zunächst die Slaven Oesterreichs ihre Freiheit verdanken, nie geknechtet wird von tschechischen Fanatikern, wenn auch Alle, die ihm Dank schulden, mit schändlichem Verrathe lohnen. Wir entgegnen der Blume der tschechischen Demokratie, daß es für die Menschheit vollkommen gleichgültig, ob die bunter Länderlappen auseinander gerissen werden, die das Erbtheil der Habsburger sind. **Das Verschwinden einer Dynastie ist ein sehr geringfügiges Ereigniß dem Weltgeschicke der Völker gegenüber.** Es ist nicht nothwendig, daß Oesterreich bestehe; aber unabweisbar ist der Bestand Deutschlands, des Hortes europäischer Kunst und Wissenschaft, des alleinigen Bollwerkes europäischer Freiheit. Darum wird nie der Slave die Lust kühlen, den Deutschen zu knechten und eben jene, welche die Dynastie zu stützen vorgeben, werden sie stürzen.

Noch spricht Löhner männliche, würdige Worte. Er beschwört die Versammlung, zu bedenken, daß der Boden unter uns wankt, daß vielleicht in den nächsten Tagen die Freiheit auf dem Spiele stehe. Er beschwört, nicht jetzt dem fluchwürdigen Treiben der Camarilla, der Reaction in die Hände zu arbeiten, wo Einigung zum kräftigen Widerstande erforderlich sei.

Ulmsonst! Er predigt Wahnsinnigen! Drohend ruft Hawliczek. In diesem Saale sitzen 190 Slaven und Doljak höhnt: Seht aus dieser Versammlung, was den Slaven von Frankfurt bevorsteht. Die gesammten Tschechen und die uns stets mit dem Munde brüderlich verbundenen Polen begrüßten diese nichtswürdige Beschimpfung der deutschen Nationalversammlung mit endlosem Jubel. Der Präsident fand sich nicht bewogen, den Abgeordneten zur Ordnung zu rufen.

Wäre des Abgeordneten Doljak gänzliche Unfähigkeit nicht zu wiederholten Malen so schlagend herausgestellt worden, würden wir es der Mühe werth gefunden haben, ihm zu sagen, daß seine Behauptung eine Niederträchtigkeit ist.

Die Deutsche Partei aber mag sich in Oesterreich schaarenfest anschließen an das große Vaterland. Der Kampf ist nahe, und der weiße Czarr ist ein Busenfreund der Slaven in Oesterreich. Keine falsche Großmuth, sondern Kampf, Kampf um das höchste Gut des Lebens, die Freiheit, und darum Kampf bis zum Aeußersten! Niederhuber.

### Protest des Abgeordneten Borrosch.

Das Ministerium hat auf meine, am 5. d. M. als Interpellation vorgetragenen, aber behufs einer unzweideutigen Antwort zugleich schriftlich überreichten drei Fragepunkte bloß durch Ablefung einer Bertheidigungsschrift erwiedert, von der ich bis heute den 10. d. M. keine für authentisch erklärte Copie zu erlangen vermochte, weshalb ich mich nur an die Wiener Zeitung vom 8. d. M. halten kann, worin nach der Versicherung des Redacteurs der „officiellen stenographischen Berichte“ jenes Aktenstück wortgetreu abgedruckt sein soll. Ich finde darin

1) Statt einer befriedigenden Antwort bloß eine diplomatische Erwiderung, die nicht nur zufolge der angestrebten Vereinbarung sehr verschiedenartiger Begriffe eine mehrfache Auslegung zuläßt, sondern auch dem kaiserlichen Manifeste vom 6. Juni d. J. eine willkürliche Deutung gibt, endlich meinem klar abgefaßten zweiten Fragepunkte einen gegentheiligen Sinn unterlegt und auf dieses sonderbare Mißverstehen hin eine ganz überflüssige Abwehr beliebt: Demgemäß protestire ich gegen diese Verletzung des mir als Volksvertreter zustehenden Rechtes, vermöge dessen ich wiederholt auf eine dem Wortsinne der gestellten drei Fragen genau entsprechende Beantwortung dringe, die nur einfach bejahend oder verneinend sein kann.

2) Protestire ich gegen den in jener Erwiderung mir nun auch urkundlich wiederholten Vorwurf, den Reichstag zu einer gesetzgebenden und zugleich vollziehenden Gewalt machen zu wollen, nochmals mit aller Entschiedenheit und berufe mich auf meine zu einer solchen Unterstellung durchaus keinen Anlaß gebende Interpellationsbegründung, worin ich weder gegen das Ministerium Feindselig aufgetreten, noch meiner Localitätspflicht irgend ungetreu gewesen bin. Vermöge derselben erkenne ich in dem kaiserlichen Manifeste vom 6. Juni d. J. neben dem sich von selber verstehenden Vorbehalte des erblichen Thrones eine bedingungslose, in voller Willensfreiheit beschlossene Gewährleistung der am 17. Mai ausgesprochenen Volkswünsche und folglich zugleich der unbestreitbaren, durch den Reichstag repräsentirten, im Schöpfungswerke der Constitution sich geltend machenden Volkssouveränität.

3) Weise ich mit gerechtem Unwillen die mir zugemuthete Verdächtigung des Ministeriums zurück. Offen und ehrlich habe ich für die unmotivirte Handlungsweise desselben und die zweideutigen Aeußerungen des Herrn Justizministers eine unumwundene Erklärung verlangt und verlange sie noch jetzt. Das Volk, das so lang unterdrückt, so oft getäuscht wurde, welches mit schmerzlicher Sehnsucht sein Heil von dem Reichstage erwartet, darf nicht im mindesten Zweifel über unser unbehindertes Wirken zu seinem Wohle bleiben.

4) Protestire ich gegen mehrere andere mich betreffende Anschuldigungen, wovon ich nur folgende erwähnen will. Niemals habe ich das Ministerium der Absicht einer gewaltsamen Reichstagsauflösung geziehen, wohl aber pflichtgemäß auf die Gefahr einer Erdrückung durch Reaction oder einer Sprengung durch Anarchie hingewiesen, als auf zwei feindliche und doch sich die Hand bietende Mächte, wenn nicht Freiheitsliebe und Gerechtigkeit im Reichstage walten.

Meine Denkschrift über die Entschädigung durch den Staat ist in 400 Exemplaren vertheilt und ich fordere das Ministerium auf, mir die Stelle zu zeigen, worin „ich auch nur entfernt die Besorgniß“ ausgesprochen hätte, „daß die Mehrheit des Reichstages gegen die Entschädigung gestimmt sein dürfte.“

Das Ministerium stellt ferner jede stattgehabte „Influenzierung, jeden Tadel gegen einzelne Abgeordnete“ in Abrede. Ich habe jedoch bei der Anführung unleugbarer, mich selber betroffen habender Thatfachen bloß auf



die Mißdeutbarkeit und das Bedenkliche von solchen Mitteln hingewiesen, ohne eine böse Absicht deshalb vorauszusetzen. Mußte es mich nicht befremden, noch vor den beiden Ministerialreden von vielen Deputirten die mir mit großer Befürzung mitgetheilte Kunde zu vernehmen, daß das Ministerium aus der Entschädigungs- eine Kabinettsfrage mache? Hat etwa ein Ministerialmitglied die mir zugefügte Beleidigung und ein Herr Minister die mir in übelster Laune — denn es war so eben über den 5. Paragraph des Kudlich'schen Collectiv-Antrages bejahend durch Namensaufruf abgestimmt worden — gemachten Vorwürfe so schnell vergessen?

Das Ministerium kann diesem nicht aus subjectiver Anschauungsweise hervorgegangen, sondern auf objective Wahrheit gestützte Proteste nichts entgegen setzen, wohl aber durch Erfüllung der darin gestellten Forderungen volles Vertrauen zu den vorkreisheitlichen Versicherungen einflößen, womit dieses Actenstück reichlich ausgestattet ist.

Ich protestire schließlich gegen jede ministerielle Redeweise in gewissen politischen Lösungsworten des Tages, die anderwärts einen niedrigen Stand des Freiheits-Barometers anzeigen.

Wien, den 11. Sept. 1848.

### Donaufürstenthümer.

Rußland hat an die Türkei den Krieg erklärt. England nimmt für die Pforte Partei. Der Vicekönig von Egypten stellt der Pforte, unter dem Befehle seines Sohnes Ibrahim, 30,000 Mann zur Verfügung.

Die Nachrichten aus der Walachei reichten bis zur Abfahrt der großen walachischen Deputation von Bukarest nach Siurgevo, wo Soliman-Pascha mit dem türkischen Heere eingelagert war, ferner bis zur Einsetzung einer fürstlichen Staatshalterschaft an die Stelle der provisorischen Regierung endlich bis zu der Zeit, als Soliman-Pascha den Romanen die Einwilligung von Seiten des Sultans für die schon proclamirten Reformen, zusicherte. Die Walachen konnten nun, nachdem sie den Wünschen der hohen Pforte Genüge leisteten, in voller Zuversicht die Realisation ihrer Hoffnungen abwarten.

Folgendes erfahren wir heute aus jenen Gegenden:

Nach erfolgter Einladung von Seiten des R. Goleso, Minister des Auswärtigen, der sich an die Spitze der Deputation nach Siurgevo begab, reiste Soliman-Pascha, begleitet nur von einer einfachen Cavallerie-Escadron nach Bukarest, wo ihm die theilnahmvollsten Erklärungen gemacht und die glänzendste Aufnahme zu Theil wurde. Mehr als 40,000 Menschen kamen ihm entgegen. Eine Deputation aus 5 Mitgliedern bestehend, von Soliman-Pascha auf das herzlichste an den Sultan empfohlen, wurde gleich nach Constantinopel abgesandt, um dort die Bedürfnisse und die Wünsche der Romanen näher auseinander zu setzen und um deren Erfüllung inständigst anzuflehen.

Um alle Parteien auszusöhnen, und allen Romanen an den Staatsgeschäften Theil nehmen zu lassen einerseits, andererseits um jeden scheinbaren Grund einer Protestation von Seiten Rußlands zu entfernen, erließ Soliman-Pascha mit vorheriger Einwilligung der Pforte zwei Noten, von denen die eine durch die Vermittelung der walachischen Regierung an die vorzüglich nach Siebenbürgen ausgewanderten Bojaren gerichtet ist; die zweite an den russischen Consul Cokheue, der, nachdem er gegen die walachische Revolution protestirt, sich, wie man weiß, nach Moldauisch-Fokschani geflüchtet hatte.

Die erste Note, datirt 1/13 August 1848 an die Mitglieder der fürstlichen Staatshalterschaft adressirt, lautet:

„Sie wissen ohne Zweifel, daß eine gewisse Anzahl Bojaren und andere Familien, in Folge der letzten Ereignisse, Bukarest verlassen haben, daß dieselben zerstreut, entweder in den verschiedenen inländischen Provinzen oder im Auslande sich befinden. Dieser Stand der Dinge ist den Gefühlen S. M. des Sultans zuwider. Es ist wahr, daß die Rückkehr der benannten Personen auf die formellste Weise durch die aufgelöste Regierung gewährleistet wurde; allein diese Herren glaubten die Ordnung noch nicht völlig wieder hergestellt und weigerten sich zurück zu kehren.

Glücklich die Wiederherstellung einer gesetzmäßigen Regierung, dem Befehle S. M. gemäß zu sehen, welche letztere nicht zögern wird durch Gefühle des Wohlwollens den edlen und geachteten Hoffnungen der romanischen Nation zu erwiedern, einer Nation, welche so große Liebe und Respect ihrem Souveränen gezeigt hat, achte ich es für meine Pflicht euere Landleute ihren patriotischen und Brüderlichkeitsgestimmungen auf das herzlichste zu empfehlen, und Sie aufzufordern, durch eine officielle Erklärung von Seiten der jetzigen Staatshalterschaft, welche ich heute im Namen S. I. Majestät als die gesetzliche (legitime) anerkenne, alle ohne Ausnahme einzuladen, in deren Vaterlande in der vollkommensten Sicherheit zurück zu kehren, damit dieselben auch der Ruhe und Ordnung, welche in diesen Fürstenthümern herrschen, genießen mögen. Diese im ganzen der wohlwollenden und friedlichen Absichten S. I. M. entsprechende Maßregel wird nicht fehlen die Gemüther zu beruhigen, und der ganzen romanischen Nation das vollkommenste Vertrauen einzuflößen.“

Genehmigen Sie, meine Herren u. u. u.

Siurgevo, den 1/13 August 1848.

(gez.) Soliman-Pascha.

Die zweite Note ist, wie gesagt, an Herrn Cokheue gerichtet.

„Der Unterzeichnete Soliman-Pascha,“ lautet die Note, „mit einer außerordentlichen Mission in der Walachei beauftragt, hat die Ehre dem Herrn General-Consul officiell wissen zu lassen, daß die provisorische Regierung eingesetzt, in Folge der letzten Ereignisse aufgelöst, und durch eine aus 3 Mitgliedern bestehende Staatshalterschaft ersetzt worden ist.

Soliman-Pascha ladet daher den Herrn General-Consul ein, mit der benannten Staatshalterschaft, die der Unterzeichnete im Namen S. M. des Sultans, als die gesetzliche Regierung der Walachei anerkennt, seine Verbindungen wieder herzustellen.“

Siurgevo, den 2/14 August 1848. (gez.) Soliman.

Aus diesen beiden Actenstücken geht klar hervor, daß die hohe Pforte ohne ihr Recht der Souveränität über die Donaufürstenthümer aufzugeben, gerecht und politisch fand, die Reformen, welche nur die innere Entwicklung von Romänien bezweckten, ihrerseits einzuwilligen. Gerecht, sagen wir, weil sie keineswegs verkannte, wie großes Unglück der alte Stand der Dinge den Moldowalachen von Romänien herbeigeführt hatte; politisch, weil durch die Einwilligung der mit so großem Eifer geforderten Reformen die Dankbarkeit zugleich auch die Nothwendigkeit dem ottomanischen Reiche anzugehören, die Romanen aufforderte und trieb, in inniger Verbindung mit der Pforte zu treten.

Dies war das weise Benehmen der Pforte; nicht so aber Rußlands, welches, von der Eroberungssucht getrieben, Zwist zwischen dem Souveränen Hofe und den Fürstenthümern einzufäen sich bemühte, um durch die Folgen einer solchen Unternehmung ihren rohen Einfluß zu vermehren und sich dadurch die Oberherrschaft über die Donau anzumahen. Alle Mittel sind tauglich, um an



das vorgesteckte Ziel zu gelangen. Ist die Hinterlist erschöpft, so nimmt man seine Zuflucht zu den Drohungen. Aus sehr sicherer Quelle erfahren wir, daß nicht nur Kogebue sich der Einladung von Seiten Soliman-Pascha weigerte, sondern auch eine sehr kategorische Note vom russischen Gesandten in Constantinopel der Pforte übergeben wurde. Diese Note erklärt, daß, falls der alte Zustand der Dinge in der Walachei nicht wiederhergestellt und alsbald ein neuer Fürst ernannt, nicht wie früher durch Wahl, sondern unmittelbar von Seite der Pforte mit unumschränkter Macht, ferner das Standrecht (loi martiale) alsbald publicirt, und die Revolutionsmänner enthauptet, endlich die Fürstenthümer die Kosten der russischen Occupation tragen würden, Rußland ohne Verzug der Pforte den Krieg erklären, und der russische General Lüders alsbald mit 80,000 Mann gegen die Walachei ziehen werde.

Wir wissen, daß die russischen Truppen, welche in der Moldau ihr Lager hielten, am 2. September den Befehl erwarteten, entweder gegen die Walachei zu marschiren oder sich nach Bessarabien zurückzuziehen. Gelingt es mir, dachte Kaiser Nicolaus, die Türken zu bewegen, eigenmächtig die revolutionären Bewegungen in Romainen zu unterdrücken, so werde ich dann den friedlichen Anschein behalten, den ich hinsichtlich der Donau-provinzen den europäischen Mächten gegenüber erheuchelt habe, und in dieser maskirten Haltung vernichte ich den revolutionären Geist im ottomanischen Reiche. Sollte im Gegentheile die Türkei den Romanen in ihren Bestrebungen Hand bieten, dann gebrauche ich selbst gegen die Pforte Gewalt, immer meiner obigen Proklamation getreu.

Dies sagte sich gewiß Nicolaus, als er seine Truppen in die Moldau einrücken ließ, denn so ist der Sinn der von Nesselrode ausgegangenen Note.

In der That, obwohl Rußland am Ende des Manifestes erklärt, daß es sich entschliefse, seine Truppen zurückmarschiren zu lassen, „sobald die Ordnung in der Walachei wiederhergestellt, oder die Pforte eine genügende Garantie für die spätere Ruhe (népos ultérieur) der Provinzen finden würde“, ist es dennoch klar, daß Rußland sich eine Bedingung vorbehalten hatte, deren Eintritt wir heute zur Genüge an den Drohungen gegen die Pforte erkennen.

Nachdem nun Rußland dem romainischen Volke mit Verachtung vorwirft, daß dessen Revolution keine nationale sei, und verspricht, dies undankbare Volk zu verlassen, um die Konsequenzen (Folgen) einer thörichten und schuldvollen Unternehmung selbst auszustehen, heißt es in der Note weiter: „Wenn es auch anders wäre (nemlich wenn auch die Revolution vom ganzen Volke ausginge) jemehr Gutes wir diesen Fürstenthümern gethan haben, je mehr wir zum Vortheile derselben von Seite der ottomanischen Pforte erlangt haben, um so mehr verpflichtet uns unser Ehrenwort, die Fürstenthümer vor einem Mißbrauche dieser Vortheile gegen ein Reich zu schützen, dessen Integrität, wie uns scheint, in dem heutigen zerrütteten Zustande Europa's mehr als je eine Bedienung für die Erhaltung des allgemeinen Friedens ist; es ist eine Ehrensache, wie auch andere Interessen, worüber Rußland sich nicht in einen Vergleich einlassen werde.“

Was bedeuten diese Worte anders als das Ultimatum, welches wir eben erwähnten, nämlich: „Mit der Türkei, wenn sie die walachische Revolution unterdrückt, gegen dieselbe, wenn sie die Bewegung begünstigt.“ Dies ist im Kurzen das Benehmen Rußlands.

Man sieht, Rußland verfährt gegen die Romainen, wie unsere Camarilla gegen die Ungarn. Das Chaos, aus dem die Völkerfreiheit sich erheben muß, wird immer größer, und immer schwerer wird die Schuld

Jener, welche den nun unvermeidlichen Weltkrieg angezettelt haben, um die Farbe des Purpurs durch Völkerblut aufzufrischen.

### Ungarn.

Pesth, am 8. Sept. Die beträchtliche Summe der Pensionentrubrik des Budgets gefiel dem Repräsentantenhause nicht gar besonders, und man konnte die indolente Majorität doch zu dem Beschluß bewegen, daß die allgemein für Reaktionen anerkannten Beamten der verjagten Regierung als: Wirkner, Pazizsi etc. künftighin von der Pensionenwohlthat auszuschließen seien.

Dieser Beschluß erfreuet uns nur darum; weil wir die ersten für eine neue Regierung neue Männer vorschlagend, nun endlich gegen die eingeschlichene reaktionäre Bureaukratie doch einen Schritt gethan sehen und wir wollen hoffen, daß dieser drückende Alp gänzlich und zwar recht bald gehoben wird. Denn das Pfaffenhum und das Beamtenwesen sind die Hauptkanäle des Staates, durch welche die Gesetze und der Geist unter das Volk geleitet wird; nun aber sind diese beiden Kanäle mit Beamten des alten Systems besetzt, die dem neuen System fluchen, und die Verordnungen nur wegen Furcht des Gehaltverlustes gezwungen erfüllen, der alten Regierung aber gänzlich ergeben sind, wodurch die kürzesten und verläßlichsten Wege der Camarilla zur Disposition stehen, und eben deshalb schleudert sie den Fluch und die Brandfackel in alle Staaten mit Bligesschnelle. Aus diesem Gesichtspunkte faßte ich das Beamtenwesen auf, legte demselben eine so große Wichtigkeit bei, und erfüllte meine Pflicht, indem ich durch Thatfachen die Unanwendbarkeit der Beamten des alten Systems darthat; ich stellte der Regierung vor, daß bei jeder Reform im Schooße der Volkziehungsgewalt unbefleckt, und der neuen Ordnung mit ganzer Seele zugethane Männer sein müßen, und trotz aller dieser Vorstellungen und Gründe wurde der Kunpf der Bureaukratie durch die Anstellung des Zsedényi, Jásray et sociorum auf die ersten Stellen der neuen Regierung bewerkstelligt. Der Fluch ereilte bald die Regierung, aber auch das Vaterland, nun werden aber diese unvershämten Spießgesellen lech und reden nunmehr offen gegen die Männer die sie anstellten, die sie bezahlen! Hieraus ist die unrichtige Folgerung der Regierung, erschüttert, die sie mit höheren Gehalt anstellte, sie hienit zu beschwichtigen suchte; gegen die Reaktionen existirt kein anderes Versöhnungsmittel als Entfugung aller Freiheiten, wollen die Freiheitsmänner Wohlthäter der Menschheit sein, und großes Blutvergießen ersparen, so genügen ein paar Urtheile bei Gelegenheit.

Dies gilt nicht nur Ungarn, sondern auch Oesterreich, und ich wiederhole es, daß die Freiheit nicht gesichert ist, bis die Hauptkanäle des Staates, Pfaffenhum und Beamtenwesen von den Individuen des alten Schlandrians gereinigt, und mit Männern des neuen Zeitgeistes besetzt sind, damit Freiheitselemente und Aufklärung durch die erwähnten Staatskanäle unter das Volk geleitet wird. Stellen wir ehrliche Männer an die Spitze, und die heilige Freiheit wird nicht mehr wantend gemacht.

Kosuth ist auf, von seinem Antlitze spricht mehr Behmuth über die fluchwürdigen Zerrüttungen, als Krankheit. Er, so Ghiczy, Nyáry, Pázmándy, Kemény sind vom Repräsentantenhause erwählt, das an alle Nationen Europas zu richtende Manifest auszuarbeiten. Die Stadt ist ruhig, man erwartet aber die Deputation von Wien mit einer ungeheuren Spannung, welche sogar die Siege an der untern Donau vergessen macht; denn schlechte Nachricht der Deputation würde die Stadt in einen kriegerischen Zustand versetzen. Kommt der König nicht, dann



werden vom Repräsentantenhaufe an die Spitze der Comitats k. Kommissäre ernannt, die nach Kriegsbrechen das Land verwalten, und das ganze Land wird in Kriegszustand erklärt. — Széchenyi ist von Pesth abwesend, man behauptet er sei irrsinnig, andere behaupten, seine Abreise soll aus Furcht vor einem Bürgerkrieg geschehen sein, wobei er als echter Krämer seine Habe zu retten suchte. Wir wollen unser Urtheil über ihn uns vorbehalten, nur so viel wollen wir vorläufig bemerken, daß es jedenfalls etwas verdächtig sei, daß er seine Entlassung nicht eingereicht habe! — Ebenso wie in Wien „Presse“, „Geißel“ hebt das „Figyelmezö“ ehemals Budapesti Hirado, das elende Organ Apponyis — muthwillig sein Haupt, hier dürfte aber einem reaktionären Blatt nicht die fromme Duldung wie in Wien wiederfahren, ein frecher Satz könnte bei der gereizten Stimmung eine blutige Scene herbeiführen. Man spricht hier von der Abdankung des österreichischen Ministeriums, als einem saite accompli, und man legt ihm eine große Wichtigkeit bei. — Man zeigte hier eine Karte mit dem Wappen des Sessasch und der Inschrift 20 kr., und nennt es Sessaschischen Zwanziger, und wehe dem der sie für baare Geld nicht annimmt. — Viele der hiesigen deutschen Blätter hegen das unwissende Volk mit den größten Lügen auf, zum wahren Aerger aller Gebildeten. — In Waizen werden Manöver gehalten, so auch in Papa. In Siegedin sind Lager aufgeschlagen, die ausgehobenen Truppen eingeübt und des Befehls zum Ausbruch gegen die Maizen gewärtig. Lótkenyi M.

**Vereinigte Staaten von Deutschland.** Schönbrunn. Man versichert: Onkel Ludwig sei da! Sapienti sat!

Wier. Gestern Abend fand eine starke Zusammenrottung vor dem Ständehaufe statt. Wir konnten im Augenblick nur erfahren, der alte Gemeindevorstand sei im Ständesaal gesessen und habe vom Volke einige Unannehmlichkeiten zu erdulden gehabt. Man sagte sogar, die Herren haben etwas unfreiwillig den Saal verlassen. Es scheinen aber keine politischen Interessen, sondern pekuniäre dabei im Spiele gewesen zu sein, denn das Volk war dann auf den Judenplatz vor die Wohnung des Herrn Szoboda gezogen, wegen der von ihm ausgegebenen Actien. Es ward auch eine Deputation zum Minister des Innern geschickt, um eine Garantie für das Geld zu verlangen, das für diese Actien gegeben worden ist. Der Minister soll auf heute Morgens Untersuchung und Ordnung dieser Angelegenheit versprochen haben.

— Sonntag fand eine große Volksversammlung im Odeon statt — sowohl der Saal als die Gallerien waren mit Menschen gefüllt und es mochten ungefähr 8000 anwesend gewesen sein. Als Redner glänzten Fröbel und Kaufmann. Fröbel's Rede war klar durchdacht, voll neuer befruchtender Ideen. Er ward unzählige Male durch stürmischen Beifall unterbrochen. Der Inhalt war: Entstehung, Ausbreitung und Wirksamkeit der demokratischen Vereine Deutschlands. Nächst ihm glänzte noch Kaufmann. Er sprach über den Constitutionalismus als Marke der Reaction; seine Rede war voll drahtischer Momente — und von wirksamsten Erfolge.

Fröbel brachte noch in Anregung — hier in Wien einen demokratischen Congress zusammenzuberufen, wozu alle Provinzen demokratische Abgeordnete zu senden hätten, damit auch hier wie in Deutschland die Demokraten sich eng aneinanderschließen um der Reaction desto wirksamer begegnen zu können. Es wäre sehr wünschenswert, daß bald Schritte geschehen, um diesen Antrag zu verwirklichen.

**Frankfurt. Rücktritt des Reichsministeriums.** Der „amtliche Theil“ der Ober-Postamt-Zeitung meldet: „In Folge des von der deutschen National-Versammlung in der Sitzung am 5. September 1848 gefaßten Beschlusses: die zur Ausführung des am 26. August 1848 zu Mainz abgeschlossenen Waffenstillstandes nöthigen militärischen und anderen Maßregeln zu sistiren, haben der Präsident des Reichsministersrathes, sämtliche Reichsminister und Unterstaatssecretäre ihre Posten in die Hände des Erz-

herzog-Reichsverwesers zurückgelegt, der ihnen die dadurch angesuchte Entlassung erteilt hat.

Der Erzherzog-Reichsverweser hat den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung Friedrich Dahmann aus Bonn mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.“

— Lichnowski, der edle Ritter „für Gott, König, Vaterland und den Prinzen von Preußen — der in der letzten bedeutungsvollen Sitzung der Nationalversammlung erst den Beweis gestellt haben wollte, daß der dänische Waffenstillstand eine Schmach für Deutschland sei: hat von seinen Wählern aus Gultschin in Schlesien folgende Zuschrift erhalten:

„An den Abgeordneten Herrn Fürsten Lichnowsky.“

Sie haben in einer Versammlung der Wahlmänner zu Kranowß öffentlich erklärt, daß derjenige ein Hundsfott sei, der nicht offen der Partei des Volkes angehöre. Ihre Thätigkeit in der Nationalversammlung zu Frankfurt hat nur die Eitelkeit und den Egoismus Ihrer aristokratischen Privilegien an den Tag gelegt. In allen Reden und Abstimmungen haben Sie die Interessen des Volkes mit Füßen getreten. Sie haben bei der Polenfrage gewiß gegen den allgemeinen Volkswillen die Freiheit der Nationalitäten verhöhnt. Sie haben gegen die Abschaffung des Abels gesprochen; schon die Klugheit hätte Ihnen Schweigen gebieten müssen. Sie haben endlich in der Amnestiefrage aller Billigkeit und Humanität Hohn gesprochen. Sie erhalten hiermit unser unumwundenes Mißtrauensvotum.“

Berlin. Sämmtliche Minister haben ihre Entlassung eingereicht — der König aber — sich die Entschließung darüber noch vorbehalten. Es geht das Gerücht — die Minister werden bleiben — die Nationalversammlung zu einer Erholungsreise eingeladen — und das getreue Berlin unter den Schutz eines zu vereinbarenden Martialgesetzes gestellt werden.

Katibor. (Prov. Schlesien.) Der Berliner Zeit.-Halle zu Folge sollten die Bewohner von Gultschin gezwungen werden, ihrem „Herrn“, dem wegen seines ungeheuren Reichthums berühmten Wiener Banquier Rothschild, den sogenannten Ducatenzins zu zahlen, wozu auch der Bürgermeister von Gultschin seine Beistimmung erteilte. Gegen diesen brach nun am 4. Abends der allgemeine Unwille los, der sich zunächst in einer Ragenmusik äußerte. Bald wurden auch die Fenster des Wohnhauses eingeschlagen; die Menge zog darauf vor das „herrschaftliche“ Schloß, zertrümmerten hier alle Fensterscheiben, drang in die Wirthschafts-Canzlei, zerriß die Papiere, und schleuderte die Fegen in den Hof. Der Amtmann, in dessen Stube die Menge gedrungen war, mußte sich sammt seinen Schreibern zum Fenster hinaus flüchten.

Schleswig-Holstein. An einzelnen Orten der Herzogthümer ist die Republik ausgerufen worden — die Soldaten sympathisiren überall mit den Einwohnern, und viele Regimenter werden sich dem Abmarsch widersetzen.

— Am 7. kam nach Altona Befehl den Rückmarsch der Truppen zu sistiren.

— In der Sitzung der Landesversammlung vom 6. September wurde der Verfassungsentwurf in Berathung genommen und Art. 1—5 angenommen. Art. 5 lautet:

„Die für ganz Deutschland oder die Herzogthümer insbesondere von den gegenwärtigen oder zukünftigen verfassungsmäßigen Gewalten Deutschlands erlassenen oder zu erlassenden Gesetze und Anordnungen sind für die Schleswig-Holsteinischen Staatsgewalten und Staatsbürger verbindlich.“

— (Fortsetzung der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen, die zwar nie in Erfüllung gehen werden, so lange noch ein Fünkchen von Ehre in deutscher Männer Brust lebt, aber für unsere Nachkommen ein merkwürdiges Actenstück bleiben als Beweis, wie man in gottesgnädigem Sinne deutsche Ehre und deutsches Interesse gewahrt haben thäte). Art. 7. Die beiden contrahirenden Theile sind übereingekommen, für die Dauer des Waffenstillstandes eine gemeinsame Regierung für die beiden Herzogthümer einzusetzen, welche ihre Amtshandlungen im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark, in Ihrer Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein, und mit dero Machtvollkommenheit ausüben wird, mit Ausnahme der gesetzgebenden Gewalt, die wäh-



rend der Dauer des Waffenstillstandes ruht. Diese Regierung wird aus fünf aus den Notabeln der beiden Herzogthümer zu wählenden Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche allgemeine Achtung und Ansehen genießen. Zwei von diesen Mitgliedern werden von Sr. Majestät dem Könige von Preußen, seitens des deutschen Bundes, für das Herzogthum Holstein, und zwei von Sr. Majestät dem Könige von Dänemark, Herzoge von Schleswig und Holstein, für das Herzogthum Schleswig ernannt werden. Das fünfte dieser Mitglieder, welches die Functionen des Präsidenten der gemeinsamen Regierung der beiden Herzogthümer zu übernehmen hat, wird in Folge gemeinschaftlicher Einigung von ihren erwähnten Majestäten ernannt werden. Man ist dahin übereingekommen, daß weder die vor dem 17. März c. angestellt gewesenen Regierungs-Mitglieder (Schleswig-Holsteinische Regierung), noch diejenigen, welche die Regierung seit dieser Epoche gebildet haben, in diese neue Verwaltungs-Behörde eintreten können, welche letztere sobald als möglich und spätestens 14 (vierzehn) Tage nach Unterzeichnung der gegenwärtigen Convention in Function treten soll. Man hat sich ferner darüber verständigt, daß alle und jede seit dem 17. März d. J. für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln im Augenblicke des Amtsantritts der neuen Regierung aufgehoben werden sollen jedoch soll der letzteren das Recht zustehen, solche nach dem 17. März c. erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln wieder in Kraft treten; zu lassen, deren Aufrechterhaltung ihr unerläßlich oder für den regelmäßigen Geschäftsgang ersprießlich erscheint, welche indessen keinesfalls etwas den Bestimmungen des Art. XI. (elf) Widersprechendes enthalten dürfen. (Forts. folgt.)

**Ungarn.** Von Preßburg bis Comorn soll an den meisten Orten die rote Kriegsfahne wehen. In allen Comitaten sind Bevollmächtigte gesendet worden, um die Dictatur zu proclamiren. Die hier gewesene ungarische Deputation kam spät am Abend nach Preßburg und verkündete vom Balkone des Ständehauses das Resultat ihrer Sendung und die nun zu ergeißelnden Maßregeln. Nach der Abreise sollen aber einige, die Republik gerufen, eingesetzt worden sein.

— Tollstich hat bereits die Drau überschritten.

**Italien.** Modena. Signor Francesco läßt sich wieder sicher. Das edle Werk wird dort lustiger denn je gegen die Menschen betrieben — und man weiß nicht, soll man weinen über die eine Hälfte, welche gefangen wird — oder über die andere Hälfte, die sich zum Fangen brauchen läßt!

**Mailand.** Die „Gazetta di Milano, welche seit dem glorreichen 6. August wieder den Adler an der Stirne trägt — nennt nun die Nachricht über die Abrechnung der englisch-französischen Vermittlung in der eleganten Ausdrucksweise martaler Diplomatie — einen „Lügenbericht.“

— Privatnachrichten aus Triest melden, daß Albini von Venedig nicht abgegangen sei. Er soll ferner erklärt haben, er werde die Anker seiner Flotte nicht eher lichten, bis die Freiheit der schönen Adrikönigin gesichert sei.

**Französische Republik.** Paris. General Lamociere ist zum Oberbefehlshaber der Alpenarmee ernannt.

— Die reactionäre Rechte der Nationalversammlung, die Partei Thiers-Obillon-Barrot und die „Reunion de la Rue Poitiers“ haben nun ihr erstes Treffen verloren. Es hatten nämlich die französischen Schwarzzelben den Plan, die Nationalversammlung so bald als möglich, also gleich nach Ausarbeitung der Constitution, zu beseitigen. Es ward die Frage an die Tagesordnung gebracht: ob die Versammlung, ehe sie sich trenne, auch noch die organischen Gesetze machen, oder diese Sorge einer späteren legislativen Versammlung überlassen solle.

In der Sitzung vom 4. September kam nun diese Frage zur Verhandlung. Die Rechte kämpfte wüthend für Auflösung; und als sie sah, nicht mehr durchbringen zu können: für Vertagung der Frage, und kam hierbei so in heftigen Eifer, daß einer ihrer Repräsentanten, Herr Bezir, mehrere Male zur Ordnung gerufen werden mußte und ein fürchterlicher Tumult von Interpellationen und Reclamationen entstand.

Daß Cavagnac vollständig mit den Schwarzzelben gebrochen, ist auch aus dem Umstande ersichtlich, daß der Justizminister für das Beisammenbleiben der Nationalversammlung nicht bloß als verfassunggebende, sondern als gesetzgebende sprach.

Die Vertagung wurde verworfen, und die Versammlung beschloß mit 586 gegen 184 Stimmen, daß die constituirende Nationalversammlung sich nicht eher auflösen werde, als bis sie nebst der Constitution auch alle organischen Gesetze ausgearbeitet habe.

Die Legitimisten und die Partei Thiers-Barrot blieben in ihrer Opposition ganz isolirt und haben dabei nur gezeigt, wie dünn ihre Reihen.

— Am 3. September hat die französische Republik Parade gehabt, General Cavagnac hielt über dieselbe Heerschau, die ganze Nationalgarde und Linie war auf dem Marsfelde aufgestellt.

— Der Graf von Monte-Christo — Alexander Dumas — hat vor Kurzem ein reactionäres Blatt — „la Liberte“ — gegründet. Dasselbe ist aus Mangel an Abnehmern eingegangen!

**Großbritannien.** Die Session ist geschlossen. Am 5. September wurde das Parlament von der Königin in Person prorogirt. Nachdem das Unterhaus auf die gewöhnliche Weise aufgefördert worden war, an den Schranken des Oberhauses zu erscheinen, las die Königin vom Throne folgende Red: vor, die im gewöhnlichen ausgewaschenem Style der Thronreden gehalten ist. Die Stelle über die auswärtigen Verhältnisse ist so nichts sagend als möglich und lautet:

„Ereignisse von hoher Bedeutung haben die innere Ruhe in manchem der europäischen Staaten sowohl im Norden als im Süden gestört. Diese Ereignisse haben Feindseligkeiten zwischen benachbarten Ländern zur Folge gehabt.“

Ich wende im Verein mit anderen freundlich gesinnten Mächten meine guten Dienste an, um eine freundschaftliche Erledigung dieser Differenzen herbeizuführen, und ich habe Grund zu der Hoffnung, daß unsere Anstrengungen nicht vergeblich sein werden.

**A n k ü n d i g u n g e n .**

**Anzeige.**

Der Gefertigte nimmt sich die Freiheit, das geehrte Publikum in Kenntniß zu setzen, daß sein seit 24 Jahren wohl fortirtes Lager von fertigen Damenschuhen, Stiefletten u. noch fort-

besteht, aus welchem man stets mit den neuesten Mustern und auch auf das Beste und Billigste bedient wird.

Ferner habe ich eine Art Prünell, welcher nie zerpringt und dauerhaft ist. Für die

Solidität der Arbeit glaube ich mir selbst schmeicheln zu dürfen durch den Bestand des Geschäftes seit 24 Jahren in derselben Niederlage; Stadt, Naglergasse 315 zum rothen Stern.

Joh. Minus, bürgerlicher Damenschuhmacher.

**Börsenbericht vom 11. September 1848.**

Metall-Obligat. zu 5% . . . . .	75 1/4	Anlehen vom Jahre 1834 . . . . .	125 1/2	Esterhazy Lose à 20 fl. . . . .	22	Glognitzer Actien . . . . .	92
„ „ „ 4% . . . . .	63	„ „ „ 1839 . . . . .	84 1/4	Waldstein'sche Lose . . . . .	19	Pesther . . . . .	58
„ „ „ 3% . . . . .	48	Esterhazy Lose à 40 fl. . . . .	51	Nordbahn-Actien . . . . .	102 1/2	Gmundner . . . . .	158
Bank-Actien . . . . .	1048	Windischgrätz Lose . . . . .	18	Malländer . . . . .	64	Dampfschiff . . . . .	448

Man pränumerirt in Wien im Jakobshof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redaction-Bureau, Kothmarkt Nr. 260, 2. Stock.

Gedruckt bei Franz Edlen von Schmid.